



Eine Baustelle ist genug!

Nein zur Auslagerung der Baselbieter Spitäler!

Seit dem 1. Januar 2012 ist die neue Spitalfinanzierung mit Fallpauschalen in Kraft. Unsere Gesundheitsversorgung wird dem Wettbewerb ausgesetzt, laut Krankenkassen soll das billigste Spital der Schweiz den Takt angeben. Es ist unglaublich, dass nach all dem Versagen der neoliberalen Rezepte jetzt auch noch die Gesundheitsversorgung der Profit- und Marktlogik unterworfen wird. Weil die Spitäler nun mehr Handlungsspielraum brauchen, so erklärt die Regierung, müssten sie ausgelagert werden. Der Bund schreibt zwar die Fallpauschalen vor, nicht aber die Auslagerung. Die eine Grossbaustelle „Fallpauschalen“ ist genug!

Gerade mit den unabwägbaren neuen Risiken muss der Kanton die Steuer in der Hand behalten. Die drei Akutspitäler könnten zusammengelegt werden ohne Auslagerung. Mit einem eigenen Rechnungskreis für die drei Spitäler und die KPD könnte der notwendige Handlungsspielraum geschaffen werden. So wird z.B. das Uni-Spital Lausanne trotz Fallpauschalen nicht ausgelagert.

Bezahlen, ohne mitzureden?

Der Kanton hat den Verfassungsauftrag, öffentliche Spitäler zu führen. Wenn nun ein ausgelagertes Spital Konkurs geht, so haftet der Kanton zwar nicht. Dennoch wird er das Defizit übernehmen müssen, um die Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Zu sagen wird er aber nichts mehr haben. Der Landrat wird gerade noch die Rechnung genehmigen können. Wenn die SteuerzahlerInnen im Falle eines Marktversagens bezahlen müssen, dann sollen sie auch die demokratische Steuerung über den Landrat behalten!

Auslagerung ist der erste Schritt zur Privatisierung!

Die SVP hätte schon heute am liebsten eine volle Privatisierung. Laut § 10 des Spitalgesetzes dürfen die ausgelagerten Spitäler unternehmerisch tätig sein bis hin zur Überführung einzelner Betriebsbereiche in rechtlich eigenständige Einheiten und zur Beteiligung an anderen Unternehmen. Unter dem massiven Kostendruck im Wettbewerb mit den Privatspitälern heisst das im Klartext: die Privatisierung der Labors, der Hotellerie, der Therapien oder der

Sozialdienste. Und das bedeutet massive Lohnneinbussen und schlechtere Anstellungsbedingungen für die Mitarbeitenden. Das wäre nicht nur für sie unzumutbar, sondern würde sich auf die Qualität negativ auswirken.

Gute Qualität im Spital gibt es nur mit guten Anstellungsbedingungen!

Die Vorlage des Regierungsrates sah noch öffentlich-rechtliche Verträge vor für das Personal und als Variante sogar das kantonale Personalrecht. Das haben die bürgerlichen Fraktionen zusammengestrichen auf einen Gesamtarbeitsvertrag. Nur als Übergangsregelung gilt für vier Jahre das kantonale Personalrecht. Das Spitalpersonal arbeitet seit Jahren unter unzumutbarem Druck, der jetzt mit den Fallpauschalen noch weiter zunehmen wird. Mit 30'000 Zitronen hat das Gesundheitspersonal letzten September landesweit gegen die krank machenden Arbeitsbedingungen protestiert. Professionelle Pflege ist so kaum mehr möglich, die Zeit für die Therapien wird immer stärker gekürzt. Darunter leiden die Patientinnen und Patienten. Der vpod verlangte als Riegel gegen diese Erosion die Übernahme der kantonalen Anstellungsbedingungen oder mindestens einen öffentlich-rechtlichen GAV.

Die Bildung und die Gesundheitsversorgung gehören zu den wichtigsten öffentlichen Aufgaben. Sie müssen demokratisch gesteuert bleiben. Die Baselbieter Stimmbevölkerung hat der Privatschulinitiative mit 85 Prozent Nein-Stimmen eine beeindruckende Abfuhr erteilt! Eine Mehrheit gegen die Auslagerung ist auch bei den Spitälern möglich!

So läuft es nach der Spitalauslagerung in Basel-Stadt:

Das BS-Baudepartement hat soeben einen Wettbewerb für den Neubau einer Kinder- und Jugendpsychiatrie-Polyklinik auf dem Areal der Psychiatrischen Klinik UPK ausgeschrieben. Dieser Standort zwischen Industrie und Casino mit schlechter ÖV-Anbindung eignet sich in keiner Weise für Kinder und Jugendliche. Kein Mensch weiss – nach der Auslagerung der Spitäler –, wer die Kompetenz hat, über den Standort zu entscheiden, und wie der Grosse Rat seine Oberaufsicht wahrnehmen kann. Solch strategisch wichtige Entscheide werden nun unter Ausschluss der Öffentlichkeit in irgendeinem Büro gefällt, die Bevölkerung hat nichts mehr zu sagen.